

## **Berliner Bundestagskandidaten stehen Rede und Antwort**

Unter dem Motto „Sozial? Gerecht? Solidarisch?“ haben wir als Berliner Sozialgipfel unsere sozialen Anforderungen an die Berliner Kandidat\*innen für die Bundestagswahl am 26.9. gestellt. Zusammen mit Gewerkschaften, Sozial- und Wohlfahrtsverbänden sowie dem Mieterverein beteiligen wir uns als SoVD an diesem Bündnis von Anfang an maßgeblich. Dies gibt uns die Möglichkeit, unsere Kräfte zu bündeln und damit unsere sozialpolitische Einflussnahme zu verstärken.

Am 6. September haben wir in einer Podiumsdiskussion auf dem Pariser Platz am Brandenburger Tor von 17 bis 19 Uhr die Spitzenkandidat\*innen der Berliner Parteien zu ihrer Sozialpolitik befragt: Kevin Kühnert (SPD), Ottilie Klein (CDU), Lisa Paus (Die Grünen), Petra Pau (Die Linke), Christoph Meyer (FDP). Als SoVD haben wir unsere Forderungen zur Sozialen Sicherung eingebracht.

Weitere Themen waren Gute Arbeit, Inklusion und Partizipation, Pflege, Kindergrundsicherung sowie Wohnen.

### **I. Sozialstaat und Soziale Sicherung**

**Unsere Positionen:** Wir haben deutlich darauf hingewiesen, dass Sozialstaat und Soziale Sicherung nicht abgebaut werden dürfen, sondern im Gegenteil aufgebaut werden müssen. Dies gilt auch für die erheblichen Nachholbedarfe bei der Sozialen Infrastruktur, der Sozialen Sicherung und den sonstigen Sozialleistungen. Erforderlich dazu sind eine gerechte Steuerpolitik durch die Erhöhung der Spitzensteuersätze und die Wiedereinführung der Vermögenssteuer sowie die Abschaffung der rigorosen Schuldenbremse im Grundgesetz.

**Antworten der Parteien:** Zu der Erhöhung der Spitzensteuersätze sowie der Wiedereinführung der Vermögenssteuer signalisierten SPD, Grüne und Linke Unterstützung. CDU und FDP wiederholten ihre bekannten Positionen mit der Ablehnung jeglicher Erhöhung von Steuern, vielmehr der propagierten sie ihr bekanntes Credo für die Förderung der wirtschaftlichen Wachstumskräfte insbesondere auch durch Einführung milliardenschwerer Steuererleichterungen. Besonders festzuhalten ist, dass sich keiner der Parteienvertreter\*innen zu unserer Forderung äußerte, die rigorose Schuldenbremse im Grundgesetz abzuschaffen.

### **II. Armut bei Arbeit und im Alter**

**Unsere Position:** Zur Bekämpfung von Altersarmut sind ausreichende Rentenansprüche in der Erwerbsphase aufzubauen und bessere Rentenleistungen zu gewähren. Die gesetzliche Altersrente muss wieder maßgeblich den Lebensstandard sichern. Die kapitalorientierte Riesterrente hat sich nicht bewährt und die Benachteiligung der einkommensschwächeren Schichten noch vergrößert. Profitiert haben von der großzügigen steuerlichen Förderung der Riesterrente vor allem die Besserverdienenden. Dazu gehört auch ein armutsfester Mindestlohn sowie die Stärkung der Tarifverträge. Erforderlich sind die beschleunigte Einführung der Grundrente sowie die Abschaffung der Einkommensanrechnung.

**Antworten der Parteien:** Breiten Raum in den Antworten der Parteienvertreter\*innen nahm unsere Forderung nach Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohnes ein. Während SPD und Grüne einen gesetzlichen Mindestlohn von 12 Euro in der Stunde befürworteten, wie auch das Berliner Sozialgipfelbündnis, favorisierte Die Linke 13 Euro. Dies entspricht auch unserer Forderung als SoVD

und orientiert sich an der Armutsdefinition in der Europäischen Union von 60 Prozent des Mittleren Einkommens. Bezüglich der Stabilisierung des Rentenniveaus gab es unterschiedliche Antworten. Unterstützung unserer Forderung nach dem Ein Säulenmodell einer auskömmlichen gesetzlichen Altersrente wurde nur von der Partei Die Linke unterstützt. Sie ging allerdings mit ihrer Forderung nach einer Mindestrente weit darüber hinaus. Die Grünen haben sich für die Bildung eines Garantiefonds ausgesprochen, mithin ebenfalls einem Teil der gesetzlichen Altersrente durch Kapitalorientierung. Die SPD will neben der Stabilisierung des Rentenniveaus auf 48 Prozent netto vor Steuern - mithin auf der heutigen Basis - sowie der Ergänzung durch Tarif-/Betriebsrentenmodelle. Am weitesten geht die FDP mit ihrem Vorschlag einer Aktienrente, finanziert aus zwei Prozent der Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung. Als Sozialgipfelbündnis mussten wir somit feststellen, dass wir mit unserer Forderung nach einer auskömmlichen gesetzlichen Altersrente in der Minderheit waren. Anders war es mit der Bereitschaft der Parteien, unsere Forderungen nach einer Erwerbstätigenversicherung unter Einbeziehung zunächst von Selbständigen nachzukommen. Dies gilt für SPD, Grüne und Linke, während dies von CDU und FDP abgelehnt wurde.

### **III. Grundsicherung bei Arbeit und im Alter**

**Unsere Positionen:** Die Grundsicherung bei Arbeit und im Alter muss über eine Erhöhung der Regelsätze eine ausreichende Lebensexistenz sowie gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen. Für Corona-Ausgaben sind mindestens 100 Euro zusätzlich pro Monat zu leisten.

**Antworten der Parteien:** Unterstützung von SPD, Grünen und Linken-Ablehnung von CDU und FDP.

### **IV. Inklusion, Barrierefreiheit, Kindergrundsicherung**

#### **Weitgehende Zustimmung der Parteien zu unseren Forderungen**

Um Inklusion als Menschenrecht durchzusetzen, ist Partizipation der Menschen mit Behinderungen die Grundvoraussetzung. Für Menschen mit Migrationshintergrund bedarf es gerade auch in öffentlichen Verwaltungen Dolmetscher in Fremd- und Gebärdensprache, Barrierefreiheit sowie Informationen in leichter Sprache.

Angemahnt wurde weiterhin ein zukunftsfähiges und gerechtes Konzept einer Kindergrundsicherung. Dies ist in Berlin besonders vordringlich, zumal jedes dritte Kind in einer Familie lebt, die auf Grundsicherung infolge Armut angewiesen ist.

### **V. Wohnen**

**Unsere Positionen:** Gefordert wurde ebenfalls, die rechtlichen Rahmenbedingungen für eine wirksame Begrenzung der Wohnungsmieten zu schaffen. Der massive Anstieg der Wohnungskosten am Haushaltseinkommen geht gerade in einer solchen Mieterstadt dazu, dass die notwendigen Ausgaben insbesondere für Ernährung, Kleidung, Bildung, Kultur, Sport und Mobilität eingeschränkt werden müssen.

#### **Antworten der Parteien**

Unterstützung von SPD, Grünen, Linken - Ablehnung durch CDU und FDP.